

Was einer Gesellschaft als Selbstverständlichkeit gilt, bedarf keiner breiten Erörterung. Irgendwann kommt dann der Punkt, an dem sich zeigt, dass die alten Antworten nicht mehr hinlänglich verstanden werden. Nach welchem Maßstab beantworten wir die Frage nach Krieg und Frieden, die neuen Herausforderungen der Biomedizin oder die Aufgabe, unseren Sozialstaat neu zu denken? Reicht es, überparteiliche Kommissionen von Sachverständigen zu bestellen, wenn diese, wie jüngst geschehen, den Ball am Ende an die Politik zurückspielen? Lässt sich in Ethikräten eine Übereinstimmung finden, die es möglicherweise in unserer Gesellschaft längst nicht mehr gibt? Können die drängenden Fragen der Zukunftsgestaltung gar unter bewusster Inkaufnahme eines Verzichts auf verbindliche Maßstäbe beantwortet werden?

Jede Gesellschaft braucht gemeinsame Maßstäbe. Sie bestimmen, innerhalb welcher Grenzen der Streit um Meinungen auszutragen ist, und sie verweisen auf Ziele, die eine gemeinsame Anstrengung rechtfertigen. Das Einverständnis über Maßstäbe führt die Mitglieder einer Gesellschaft zusammen und schützt vor einer gesellschaftlichen Zerklüftung, die den inneren Frieden ernstlich gefährden könnte. Wo dieses Einverständnis verblasst, gewinnen die Fliehkräfte in einer Gesellschaft an Bedeutung.

Es scheint, dass in der deutschen Gesellschaft – wie in anderen westeuropäischen Gesellschaften – Entwicklungen eingesetzt haben, die das Lebensgefühl

vieler Menschen nicht mehr rückbinden an das Wissen um gemeinsame Maßstäbe, sondern Beliebigkeit und Ungebundenheit zum Maßstab nehmen. Der Wunsch nach einem Leben jenseits von Regeln und Vorschriften, die im Ergebnis immer eine Eingrenzung der eigenen Möglichkeiten bewirken, beseelt immer mehr Menschen. Sie beziehen im Alltag ihre Entscheidungen nicht mehr auf das Einverständnis über gemeinsame Maßstäbe, sondern bemessen ihr Handeln nach der Laune des Tages. Jeder tut das, was ihm gefällt, und die Politik antwortet mit der Zusicherung, nur das zu wollen, was gefällt. Es ist ein Lebensgefühl gewachsen, das schon geringfügige Erwartungen Dritter als Einschränkung der eigenen Selbstbestimmung empört zurückweist.

Die Fülle der Lebensstilangebote wächst von Tag zu Tag. Wir erfahren, dass die Möglichkeiten der eigenen Lebensgestaltung immer größer werden, gleichzeitig aber die Berechenbarkeit der eigenen Lebensplanung sinkt. Diese Ambivalenz wird immer mehr zu einer entscheidenden Lebenserfahrung. Viele, gerade junge Menschen, fühlen sich angesichts dieser Unsicherheit allein gelassen. Die Bereitschaft zur Erziehung und der Mut zum Widerspruch sinken. Kindergarten und Schule werden mit Erziehungsaufgaben überfrachtet, während die Erziehungskraft der Familie schwindet.

Wo lassen sich da Maßstäbe entwickeln, gar solche, die von einer breiten

Mehrheit angenommen werden? Viele in unserer Gesellschaft spüren, dass die Frage nach dem Menschenbild, auf das hin die Ordnung unseres Zusammenlebens zu gestalten ist, eine alles entscheidende Bedeutung hat. Je nachdem, wie diese Frage beantwortet wird, folgt die Politik anderen Wegen und anderen Zielen. Deshalb ist das Menschenbild, dem sich Politiker verpflichtet fühlen, keine Würze für schmuckhafte Sonntagsreden, sondern Maßstab alltäglichen Handelns.

Das christliche Menschenbild

Es gibt keine Politik ohne eine vorherige – ausgesprochene oder unausgesprochene – Festlegung auf ein Menschenbild. Wer als Christ an politischen Entscheidungen teilnimmt, hat sich zuvor auf ein bestimmtes Menschenbild festgelegt. Es ist das christliche Menschenbild, das nicht nur die Mütter und Väter unserer Verfassung sich zu Eigen gemacht haben. Dieses Bild vom Menschen hat wie kein anderes die europäische Kultur über zwei Jahrtausende hinweg geprägt. Jüdische, antike und vor allem christliche Einflüsse haben ein Bild vom Menschen gezeichnet, das weltweit als einmalig und einzigartig gelten darf. Im Mittelpunkt dieses Menschenbildes steht die Überzeugung von der Unantastbarkeit seiner Würde. Es ist dies eine jedem Menschen in gleicher Weise zugesprochene Würde, ganz unabhängig von physischer oder psychischer Leistungskraft, Befindlichkeiten, Hautfarbe, Herkunft, Einkommen, körperlicher Verfassung und geistigen Fähigkeiten. Diese Würde eines jeden Menschen und ihre ausnahmslos geltende Unantastbarkeit sind jedem als Person zu Eigen. Das Menschenbild, das wir christlich nennen, weiß um die Einzigartigkeit und die Unverwechselbarkeit jedes Einzelnen. Jeder Mensch ist Person, also nicht nur Teil einer Gattung, Ergebnis der Evolution, Mitglied einer Rasse oder einer Klasse. Die Gemeinsamkeit aller Menschen, ihre

Gleichheit, begründet sich in der Persönlichkeit eines jeden einzelnen Menschen.

Für den Christen gründet die Persönlichkeit in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Da jeder Mensch von Gott nach seinem Bild erschaffen wurde, hat er von Anfang an eine unverfügbare Würde.

Subsidiarität als Grundsatz

Das christliche Menschenbild und sein Bekenntnis zur Persönlichkeit begründen ein Gesellschaftsbild und die Grundsätze gesellschaftlicher Ordnung. Im Mittelpunkt dieser Ordnung steht der Grundsatz der Subsidiarität. Er bewahrt vor aller Art von Entmündigung und kann deshalb als das Grundgesetz der Freiheit gelten. Wenn Subsidiarität der Grundsatz ist, nach dem sich Aufbau und Gliederung einer Gesellschaft richten, dann ist jeder sein eigener Herr, solange er seine Freiheit nicht auf Kosten der Würde Dritter sucht.

Auf diese Weise entwickelt sich ein Verständnis von Gesellschaft als einem Geflecht von Beziehungen gleichberechtigter Achtung und Anerkennung zum wechselseitigen Vorteil. Eine Folge dieses Gesellschaftsbildes ist es, dass beispielsweise eine mittelständische Ordnung der Wirtschaft immer Vorrang hat vor anderen Ordnungen, weil sie eben jener Beziehung wechselseitiger Verantwortung zum gegenseitigen Vorteil unmittelbaren Ausdruck verleiht. Dieses Verständnis einer sozialen Ordnung, die Spiegel eines Menschenbildes ist, muss einmünden in eine Politik, die mittels Anreizen zur Übernahme wechselseitiger Verantwortung Anlässe schafft. Es ist eben jener gegenseitige Vorteil, der in einer Gesellschaft einhergehen soll mit der Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen. Eine Politik, die das christliche Menschenbild zum Maßstab nimmt, fördert solche Strukturen persönlicher Beziehung in wechselseitiger Verantwortung. Sie hütet sich davor, die Menschen

zu überfordern, indem sie als Preis für die Übernahme von Verantwortung verlangt, die Erwartung eines eigenen Nutzens hintanzustellen.

Zu Recht nimmt die Familie in einer dem christlichen Menschenbild verpflichteten Politik eine Schlüsselrolle ein. Wie keine andere Form des Zusammenlebens vermittelt sie die Erfahrung von Zuwendung, Verlässlichkeit und Vertrauen. Keine andere Lebensform eröffnet in vergleichbarer Weise einen Raum, der solche Erfahrungen schützt. Ehe und Familie sind deshalb das Fundament, auf dem die ganze soziale Ordnung aufbaut. Hier lernt der Mensch, was es bedeutet, sich zu binden, Verantwortung zu übernehmen, in Beziehungen zu leben, seine eigenen Erwartungen mit denen anderer abzugleichen und in Einklang zu bringen. Nirgendwo sonst bildet sich in vergleichbarer Weise ein Gespür für Ethos – also für die Notwendigkeit einer gemeinsamen Übereinstimmung in Grundfragen des menschlichen Miteinanders zum Nutzen aller.

Jede Familie ist getragen von der Erfahrung, dass der andere auch dann Achtung verdient, wenn er den eigenen Wünschen widerstreitet. In diesem Sinne ist Familie der Zellkern einer Gesellschaft, die jeden Menschen in seiner gleichen Würde annimmt, ohne der Täuschung zu erliegen, es gäbe ein Zusammenleben ohne tief greifende und schwer überbrückbare Meinungsverschiedenheiten.

Universelle Geltungskraft

Zur Überzeugungskraft des christlichen Menschenbildes gehört es, dass alle, die mit dem Verweis auf seine Gottesebenbildlichkeit nichts anzufangen wissen, seine bestimmenden Aussagen über den Menschen, die innere Schlüssigkeit und Einstimmigkeit dieses Menschenbildes anerkennen müssen. Die Feststellung der unantastbaren Würde eines Menschen hängt demnach nicht davon ab, ob andere

Menschen bereit sind, sich wechselseitig diese Würde zuzuschreiben. Die Würde eines Menschen kann weder zu- noch aberkannt werden. Sie ist jedem Menschen vom Anfang bis zum Ende seines Lebens eigen.

Das christliche Menschenbild zeichnet sich dadurch aus, dass es in seinen verschiedenen Wirkungen und Folgen für Christen und Nichtchristen – also für alle Menschen – annehmbar, mehr noch, anziehend ist. Als Maßstab für eine menschenwürdige Gesellschaft ist es sogar unverzichtbar, weil es den Anspruch der Unbedingtheit gegen jeden Versuch der Einschränkung menschlicher Würde verteidigt. Wo aber dieser Versuch einmal unternommen wird, liefert der Mensch am Ende sich seinesgleichen aus: Er wird als Mittel gebraucht werden, wie er andere Menschen seinerseits als Mittel benutzt.

Gegen Verzweckung

Eine Politik, die dem christlichen Bild vom Menschen folgt, schafft Institutionen, die verhindern, dass andere Menschen nur als Mittel zur Erfüllung eigener Erwartungen verzweckt werden. Sei es nun das Designerbaby, die befristete Lebensabschnittspartnerschaft, eine arbeitsrechtliche Erlaubnis zum hire and fire oder der Allmachtswahn mancher Vertreter der Humanwissenschaften: Alle genannten Beispiele haben gemeinsam, dass sie der Verzweckung des Menschen nicht widerstehen und bereit sind, andere nur als Mittel zum – auch vermeintlich guten – Zweck zu missbrauchen.

Dieser Grundsatz, dass der Mensch nie nur Mittel sein darf, ist kein Glaubenssatz einer weltfremden Moral und schon gar nicht ein Bekenntnis zur Einengung von Lebenschancen. Im Gegenteil: Dieser Satz macht die Lebensmöglichkeiten eines Menschen erst zur Lebenswirklichkeit. Als verbindlicher Grundsatz, der mein eigenes Verhalten bestimmt und begrenzt,

beschreibt er zugleich meinen eigenen Nutzen, meinen Vorteil und meinen Wunsch, wie andere mit mir umgehen sollen. Wie die goldene Regel kann er Verbindlichkeit beanspruchen für jedermann zu jeder Zeit, weil er – ganz unabhängig von den Quellen seiner Begründung – eine für jeden Menschen gleiche und geschützte Wirklichkeit, die nicht von den Launen Dritter abhängt, begründet.

Unverrückbarer Anspruch

Seit ihrer Gründung wird die Christlich Demokratische Union gefragt, ob sie gut beraten war, einen so hohen Anspruch, wie ihn der Anruf des Christlichen im Namen der Partei begründet, sich selbst zum verpflichtenden Maßstab ihrer Politik zu wählen. Die Frage liegt auf der Hand: Denn trotz allen Bemühens wird dieser Anspruch von Mal zu Mal im politischen Alltag nicht – oder zumindest doch nicht ausreichend – erfüllt. Wer wollte das bestreiten? In einer Demokratie ist die Verführung groß, tatsächlichen oder vermeintlichen Mehrheitsströmungen nachzulaufen und so die Treue zum eigenen Anspruch aufs Spiel zu setzen. Niemand wird von sich behaupten können, dieser Verführung immer widerstanden zu haben.

Inzwischen finden sich immer mehr Fragestellungen auf der politischen Agenda, deren Beantwortung voraussetzt, dass unsere Gesellschaft sich aufs Neue klar wird, welchem Bild vom Menschen sie folgt. Ob Embryonenschutz oder Klonverbot, Sozialstaatskrise, Arbeitslosigkeit oder Menschenrechtsfragen, was auch immer zu entscheiden ist: Welche Antwort aus der Fülle der Möglichkeiten entspricht dem christlichen

Menschenbild? Und ist eine Partei überhaupt befugt, einen christlichen Anspruch zur Bewältigung weltlicher Herausforderungen zu behaupten?

Zweifellos hat eine politische Partei dieses Recht. Dabei weiß sie, dass Überzeugungen, die aus dem Glauben folgen, nicht jederzeit unvermittelt und zweifelsfrei in politische Entscheidungen und bürgerliche Gesetze umgemünzt werden können. Das ist immer nur unter bestimmten Bedingungen, die oft von der Politik selbst nicht außer Kraft gesetzt werden können, möglich. Und oft ist es so, dass verwickelte demokratische Verfahren der Mehrheitsfindung einen Politiker zu Kompromissen auch in moralisch grundlegenden Fragen zwingen können, wenn dadurch ein Schaden begrenzt werden kann, der ansonsten unweigerlich eintritt.

Gerade im Blick auf das Gespräch und den Wettstreit der Kulturen hat das christliche Menschenbild eine befriedende Wirkung. Seine Anziehungskraft ist ungebrochen – und umso größer, als Menschen im Alltag erleben müssen, dass ihre Würde nicht geschützt und ihre Sehnsucht nach Freiheit nicht gestillt wird. Nicht im Sinne einer Überfremdung anderer Kulturen, sondern als Bestimmung dessen, was jeder Mensch für sich erwarten darf, bleibt das christliche Menschenbild ein unverrückbarer Anspruch. Wer seine Bedeutung einschränken oder seine Geltung an Bedingungen knüpfen will, würde nicht den zukünftigen Entwurf einer Gesellschaft und die Eintracht unter den Völkern fördern, sondern die geistigen und kulturellen Grundlagen eines zivilisierten Zusammenlebens selbst bedrohen.